

Focus. - 01.01.2024

Christopher Lockwood

## Ukraine kann Putin nur überleben, wenn Europa einen Kriegs-Fakt akzeptiert

### *Україна може пережити путіна, якщо Європа визнає факт війни*

*Європейський редактор видання "The Economist" К. Локвуд зазначив, що в Україні існує загроза тривалої війни, тому Європі більше не варто покладатися на США. За його словами, ні Україна, ні росія не зацікавлені в мирі статус-кво і не очікується, що обидві сторони намагатимуться досягти угоди у 2024 р. Європі доведеться, коментує К. Локвуд, взяти на себе значно більше відповідальності за Україну, а це означає, що потрібно надати більше коштів, але також і значно більше інвестувати у військову техніку, а Європа також може допомогти Україні, прискоривши інтеграцію воюючої країни до ЄС. Автор констатує, що інтегрована у величезну європейську економіку, Україна має значно кращі можливості для ствердження себе проти росії – і пережити путіна.*

*[https://www.focus.de/die-welt-2024/die-welt-in-2024-europa-muss-sich-engagieren\\_id\\_259473015.html](https://www.focus.de/die-welt-2024/die-welt-in-2024-europa-muss-sich-engagieren_id_259473015.html)*

Es droht ein langer Krieg in der Ukraine. Darum sollte sich Europa nicht mehr auf die USA verlassen, kommentiert Christopher Lockwood.

Es scheint klar, dass die in Kiew und im Westen groß angekündigte ukrainische Gegenoffensive 2023 scheitern wird, wenn nicht in letzter Minute noch ein Wunder geschieht. Nach fünf Monaten verlustreicher Kämpfe waren die Resultate Anfang November minimal. Keine größere Stadt konnte eingenommen und nur etwa 400 Quadratkilometer Land befreit werden, weniger als 0,1 Prozent der Fläche der Ukraine. Russland hält immer noch etwa 18 Prozent der Ukraine besetzt, etwa die Hälfte davon seit 2014, als es die Krim annektierte und den östlichen Donbass anschloss, sowie das, was von der Invasion seit Februar 2022 übrig ist.

Zermürbungstaktik: Russland und Ukraine ohne Aufgabeabsichten

Alles deutet nun auf einen langen Zermürbungskrieg hin. Wladimir Putin wartet darauf, dass der Westen müde wird von dem, was zunehmend wie ein Engagement mit offenem Ausgang aussieht. Ein langer Krieg hilft ihm. Als Diktator, der Kritiker ausgeschaltet hat, schert

er sich wenig um die öffentliche Meinung. Ohnehin zeigen die Russen trotz hoher Verluste kaum Anzeichen von Kriegsmüdigkeit, auch weil der hohe Ölpreis die Folgen westlicher Sanktionen mildert. In Europa und vor allem in Amerika besteht die Gefahr, dass Wähler und Politiker der Last überdrüssig werden.

Von der Gegenoffensive war zu viel erwartet worden, zu gering war die Vorbereitung auf einen langen Krieg. Das muss sich ändern. Weder die Ukraine noch Russland haben ein Interesse an einem Frieden auf dem Status quo. Die Ukraine kann nicht akzeptieren, dass Russland das eroberte Gebiet behält, allein schon, weil ein Verlust weiter Teile der Südküste massive wirtschaftliche Einbußen brächte. Aber auch für Russland sieht die Invasion weiter wie ein Misserfolg aus, da es keine der vier im September 2022 annektierten Provinzen voll kontrolliert. Darum ist nicht zu erwarten, dass sich beide Seiten 2024 um eine Einigung bemühen.

Diese Realität erfordert eine neue Politik von Europa

Diese Realität erfordert eine neue Politik, insbesondere von europäischen Regierungschefs, die begreifen müssen, dass die Verantwortung für die Ukraine rasch auf sie übergeht. Während die Ukraine anfangs die meisten Waffen aus den USA bekam, hat Europa seine Hilfe 2023 ausgebaut und wurde zum Waffenlieferanten Nummer eins. Dies schmälerte eigene Bestände. Ohne massive Investitionen in Rüstung wird Europa dieses Tempo nicht halten können. Die Rüstungskonzerne werden die Produktion in bestehenden Werken erhöhen, aber das wird nicht reichen. Für den Bau neuer Werke brauchen sie Zusagen der Regierungen.

Besser sieht es bei den wirtschaftlichen Zusagen aus, um das von Kriegsausgaben zerschlossene Haushaltsdefizit der Ukraine zu schließen. Im Juni hat die EU der Ukraine für 2024 bis 2027 zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von 50 Milliarden Euro zugesagt. Damit liegt Europa bei den Hilfszusagen deutlich vor den USA. Nach Angaben des Kiel Instituts für Weltwirtschaft beliefen sich die US-Zusagen bis Ende Juli auf 69 Milliarden Dollar, während die Europäer (EU plus Großbritannien, Norwegen und die Schweiz) 155 Milliarden Dollar zugesagt hatten.

Wegen ihres Haushaltsdefizits von etwa 20 Prozent des BIP benötigt die Ukraine jedoch jährlich rund 42 Milliarden Dollar, um über die Runden zu kommen. Dazu kommt der Wiederaufbau. Da werden 50 Milliarden Euro über vier Jahre nicht ausreichen. Europas Regierungen könnten sich leicht mehr leisten. Aber wollen sie das auch?

Ukrainekonflikt: Europas wachsende Verantwortung

Tatsache ist, dass niemand mehr darauf zählen kann, dass die USA diesen Kampf anführen. Der neue Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, versuchte gleich zu Beginn seiner Amtszeit, ein neues Paket von Präsident Joe Biden von 61 Milliarden Dollar an Militärhilfe für die Ukraine zu blockieren. Gleichzeitig versicherte Johnson auch, dass er nicht wolle, dass Putin die Oberhand gewinnt.

Donald Trump ist ein noch größeres Rätsel, da er sich in der Ukraine-Frage, wie in so vielen anderen Fragen, oft selbst widersprochen hat. Biden, der die Ukraine bisher sehr unterstützte, könnte im Vorfeld der November-Wahlen davor zurückschrecken, sich mit den Republikanern anzulegen. Alle G7-Länder haben erklärt, der Ukraine bilaterale Sicherheitsgarantien zu geben, aber bisher hat dies kein einziges Land getan.

Europa wird also, ob es will oder nicht, deutlich mehr Verantwortung für die Ukraine übernehmen müssen. Das bedeutet, dass mehr Geldmittel bereitgestellt werden müssen, aber auch, dass deutlich mehr in militärische Ausrüstung investiert werden muss, damit Europa die

Ukraine weiter bewaffnen kann, ohne sich selbst zu entblößen. Europa kann der Ukraine auch helfen, wenn es die Integration des Kriegslandes in die EU beschleunigt. Die Ukraine wurde im Juni 2022 formell als Beitrittskandidat anerkannt, aber die offiziellen Beitrittsgespräche haben noch nicht begonnen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU sollten auf ihrem Gipfeltreffen im Dezember 2023 grünes Licht für die Aufnahme detaillierter Verhandlungen geben und gleichzeitig deutlich machen, dass sich diese nicht über Jahre hinziehen dürfen. (Anmerkung der Red: Die EU hat im Dezember 2023 beschlossen, offizielle Beitrittsgespräche mit der Ukraine aufzunehmen)  
Eingebunden in die riesige europäische Wirtschaft hat die Ukraine deutlich bessere Chancen, sich gegen Russland zu behaupten – und Putin zu überleben